

## 17. Wahlperiode

### Schriftliche Anfrage

#### der Abgeordneten Katrin Vogel (CDU)

vom 04. August 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. August 2014) und **Antwort**

#### Ist Berlin auf den Ebola-Virus vorbereitet?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie bewertet der Senat das Risiko, dass Ebola-infizierte Menschen nach Berlin kommen?

Zu 1.: Das Risiko, dass Ebola-infizierte Menschen nach Berlin kommen, ist äußerst gering.

2. Wie ist Berlin auf einen solchen Fall vorbereitet?

Zu 2.: Für Berlin ist das Handeln der Berliner Gesundheitsämter in einer entsprechenden Verwaltungsvorschrift geregelt. Darüber hinaus wurden alle Gesundheitsämter und alle Kliniken, die über Notaufnahmen verfügen, über die aktuelle epidemiologische Lage informiert und das Vorgehen nochmals abgestimmt. Demzufolge erfolgt die Diagnostik und Therapie eines infizierten Menschen in der Sonderisolierstation der Charité. Die Ermittlung und Überwachung von Kontaktpersonen sowie die Anordnung von Desinfektionsmaßnahmen obliegen den Gesundheitsämtern. Durch diese klare Aufgabenteilung wird der Schutz der Berliner Bevölkerung gewährleistet.

3. Wie viele Plätze für Erkrankte stehen in Berlin zur Verfügung?

Zu 3.: Es stehen insgesamt 20 Behandlungsplätze in der o. g. Klinik zur Verfügung.

4. Hält der Senat diese Anzahl für ausreichend?

Zu 4.: Ja.

5. Wie ist die Vorgehensweise, wenn sich plötzlich mehr Menschen infizieren?

Zu 5.: Durch die Isolierung von Erkrankten in Deutschland ist es äußerst unwahrscheinlich, dass es zu Sekundärinfektionen kommt. Berlin verfügt außerdem mit den o. g. 20 Behandlungsplätzen über mehr Kapazitäten als jedes andere Bundesland. Für den unwahrscheinlichen Fall, dass ein Bundesland mehr Betten benötigt, als es sie selbst vorhält, gibt es den länderübergreifenden Arbeitskreis der Kompetenz- und Behandlungszentren (STAKOB), über den die gegenseitige Unterstützung organisiert werden würde.

Berlin, den 21. August 2014

In Vertretung

Emine Demirbükten-Wegner

Senatsverwaltung für  
Gesundheit und Soziales

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. August 2014)